

Indonesien: „Wir sind die Arbeiterklasse“?

Indonesiens Arbeiterpartei und die Grenzen der reformistischen Politik

von [Mark Johnson](#), 2. November 2025

Als sich am 5. Oktober 2021 mehr als 50 indonesische Gewerkschaften in Jakarta versammelten, um die Partai Buruh (Arbeiterpartei) zu gründen, schien dies ein historischer Moment zu sein: Arbeiter:innen organisierten ihr eigenes politisches Sprachrohr, um ein oligarchisches System herauszufordern, das ihnen ihre Rechte genommen hatte. Doch von Anfang an verkörperte die Partei einen Widerspruch. Unter der Führung von Gewerkschaftsfunktionär:innen, die in der Vergangenheit mit der Elite zusammengearbeitet hatten, versprach die Labour Party der Arbeiterklasse Unabhängigkeit, während ihr Vorsitzender genau die Politiker umwarb, die die arbeitnehmerfeindlichen Gesetze verabschiedet hatten. Sie behauptete, die Marginalisierten zu vertreten, schwieg jedoch zu Menschenrechtsverletzungen und demokratischen Rückschritten. Die Wahlen von 2024 deckten diese Heuchelei auf: Die Partei erhielt weniger als 1 Prozent der Stimmen und schaffte es nicht einmal ins Parlament. Noch verheerender war, dass ihre Führung sich anschließend der autoritären Regierung von Prabowo anschloss, die sie angeblich bekämpft hatte. Der Werdegang der Labour Party zeigt nicht die Macht der Arbeiter:innen, sondern die Gefahren einer reformistischen Politik in einem oligarchischen Staat – und warum die meisten revolutionären Linken Indonesiens nun erklären, dass die Arbeiterpartei „es nicht geschafft hat, ein politisches Sprachrohr für die unterdrückten Menschen zu werden“.

Einleitung

Am 5. Oktober 2021, genau ein Jahr nach der Verabschiedung des umstrittenen Arbeitsbeschaffungsgesetzes in Indonesien, versammelten sich mehr als 50 Gewerkschaften in Jakarta, um offiziell die Partai Buruh (Arbeiterpartei) zu gründen. Dies war ein bedeutender Moment in der indonesischen Politik: die

Wiederbelebung einer Arbeiterpartei nach Jahren der zersplitterten Arbeitnehmervertretung und Niederlagen durch ein politisches Establishment, das von Eliten mit Wurzeln im autoritären Regime der Neuen Ordnung dominiert wurde [1].

Die Gründung der Partei wurde durch die ernüchternde Erkenntnis der Gewerkschaftsführer:innen vorangetrieben, dass traditionelle Taktiken wie Massendemonstrationen, Generalstreiks und Lobbyarbeit – die Verabschiedung von Gesetzen, die die Arbeitnehmerrechte grundlegend untergruben, nicht verhindern konnten. Das umfassende 812-seitige Gesetzespaket „Omnibus Law on Job Creation“ von 2020 lockerte die Regeln für die Entlassung von Arbeitnehmern, erweiterte das Outsourcing ohne Einschränkungen, schwächte den Kündigungsschutz und verlängerte die Überstundenbegrenzungen, während gleichzeitig die Umweltschutzmaßnahmen reduziert und die Landrechte der indigenen Bevölkerung bedroht wurden. Trotz massiver Proteste, bei denen Hunderttausende von Arbeitnehmer:innen auf die Straße gingen, wurde das Gesetz mit nur minimaler Konsultation von Gewerkschaften oder zivilgesellschaftlichen Gruppen verabschiedet.

Historischer Kontext: Arbeitspolitik im Indonesien nach Suharto

Die Partai Buruh ist der jüngste Versuch, eine politische Vertretung der Arbeiterklasse im indonesischen Wahlsystem aufzubauen. Die Geschichte der Arbeiterparteien in der Zeit nach Suharto ist von wiederholten Misserfolgen geprägt. Nach dem Sturz des autoritären Regimes im Jahr 1998 gründete der Gewerkschaftsaktivist Muchtar Pakpahan die Nationale Arbeiterpartei (Partai Buruh Nasional), die 1999 an den ersten demokratischen Wahlen teilnahm, aber nur einen winzigen Bruchteil der Stimmen auf sich vereinen konnte. Die Partei trat 2004 erneut als Sozialdemokratische Arbeiterpartei und 2009 als Arbeiterpartei an, konnte jedoch keine Sitze erringen. Im Jahr 2009 erhielt sie nur 0,25 Prozent der Stimmen – etwa 265.000 Stimmen.

Diese Schwäche bei den Wahlen spiegelte tiefere strukturelle Probleme wider. Die indonesische Arbeiterbewegung entstand nach Jahrzehnten der Unterdrückung unter Suharto, in denen alle Gewerkschaften zu einer einzigen staatlich kontrollierten Organisation zusammengezwungen wurden. Das Erbe

dieser Unterdrückung ist eine zersplitterte Arbeiterbewegung mit über 100 Fachgewerkschaften und mehreren konkurrierenden Gewerkschaftsverbänden. Von den rund 127 Millionen Arbeitnehmern in Indonesien sind nur 2,7 Millionen registrierte Gewerkschaftsmitglieder, die auf zahlreiche Organisationen mit konkurrierenden politischen Zugehörigkeiten verteilt sind.

Parteistruktur und Gründungsbündnis

Die Wiederbelebung im Jahr 2021 wurde von mehreren großen Gewerkschaftsverbänden unterstützt: dem Verband indonesischer Gewerkschaften (KSPI) mit 2,2 Millionen Mitgliedern, dem Verband aller indonesischen Gewerkschaften (KSPSI) [2] mit 3 Millionen Mitgliedern und mehreren kleineren Verbänden. Der wichtigste Initiator war der Verband der indonesischen Metallarbeitergewerkschaften (FSPMI), der 300.000 Arbeitnehmer vor allem aus den Bereichen Automobil, Elektronik und Fertigung vertritt, die sich in den Industriegebieten um Jakarta und Bekasi konzentrieren.

Um über seine industrielle Gewerkschaftsbasis hinaus zu wachsen, verbündete sich die Partei mit Bauernorganisationen, Fischergruppen, Arbeitnehmer:innen des informellen Sektors, Hausangestellten, Wanderarbeiter:innen, Online-Transportarbeiter:innen, Lehrergewerkschaften und Bewegungen der städtischen Armen. Mit mehr als 80 Millionen Arbeitnehmer:innen im informellen Sektor Indonesiens – das sind 60 Prozent der Erwerbsbevölkerung – strebte die Partei den Aufbau einer breiten Koalition der Marginalisierten an.

Said Iqbal, Präsident sowohl des Gewerkschaftsbundes KSPI als auch der Metallarbeitergewerkschaft FSPMI, wurde auf dem Gründungskongress ohne Gegenkandidat:innen zum Parteivorsitzenden gewählt. Iqbal wurde 1968 in Jakarta als Sohn von Eltern aus Aceh geboren und begann seine berufliche Laufbahn 1992 in einer Elektronikfabrik im Bezirk Bekasi. Seine Erfahrungen mit schlechten Arbeitsbedingungen führten ihn zur Gewerkschaftsarbeit, und nach dem Sturz Suhartos half er bei der Gründung der FSPMI, deren Vorsitzender er schließlich wurde. Unter seiner Führung organisierte die KSPI große nationale Streiks und Demonstrationen, darunter Proteste gegen Outsourcing-Praktiken und Verstöße gegen den Mindestlohn.

Politisches Programm: Auf dem Weg zu einem Sozialstaat

Das Programm der Labour Party konzentriert sich auf eine sogenannte „Sozialstaatsagenda“ und stellt damit eine direkte Herausforderung für die neoliberale Wirtschaftspolitik dar, die Indonesien seit den 1990er Jahren dominiert. Zu den wichtigsten Forderungen der Partei gehören:

- > Ablehnung des Gesetzespaketes zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wiederherstellung der Arbeitsschutzbestimmungen, die im Arbeitsgesetz von 2003 enthalten waren
- > Beendigung des Systems der unbegrenzten Vertragsverlängerungen, das Arbeitnehmer:innen auf unbestimmte Zeit in prekären Beschäftigungsverhältnissen hält
- > Abschaffung des Outsourcings für Kernproduktionsarbeiten bei gleichzeitiger Beibehaltung direkter Beschäftigungsverhältnisse
- > Einführung eines existenzsichernden Lohns anstelle des derzeitigen Mindestlohns, der nur 82 Prozent der Grundbedürfnisse abdeckt
- > Angemessene Abfindungszahlungen
- > Humane Arbeitszeiten mit Begrenzung der Überstunden
- > Gesetzlich verankerte Menstruations- und Geburtsurlaube
- > Universelle Sozialversicherung einschließlich Krankenversicherung und Renten
- > Schutz für Hausangestellte, Schiffsbesatzungen und Wanderarbeiter:innen, denen derzeit gesetzliche Schutzmaßnahmen fehlen
- > Agrarreform und Ernährungssouveränität

Die Forderungen der Partei gehen über traditionelle Arbeitsfragen hinaus und umfassen umfassendere Fragen der sozialen Gerechtigkeit, was ihren Versuch widerspiegelt, sich als Stimme für alle marginalisierten Gruppen zu positionieren, anstatt nur die gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiter zu vertreten.

Die Wahlen 2024: Große Hoffnungen, enttäuschende Ergebnisse

Die Registrierung der Partei für die Parlamentswahlen 2024 in Indonesien stieß bei Kommentator:innen und Aktivist:innen der Zivilgesellschaft auf großes Interesse. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten würde eine Partei, die von den größten Gewerkschaften des Landes unterstützt wird, an den nationalen Wahlen teilnehmen. Die Partei gab an, 10 Millionen Mitglieder in 25 Provinzen mobilisieren zu können und benötigte etwa 7 Millionen Stimmen, um die für den Einzug ins Parlament erforderliche 4-Prozent-Hürde zu überwinden.

Die Wahlergebnisse vom 14. Februar 2024 fielen jedoch äußerst enttäuschend aus. Nach der offiziellen Auszählung der indonesischen Wahlkommission erzielte die Labour Party nur 0,62 bis 0,73 Prozent der Stimmen auf nationaler Ebene – weit unter der Parlamentshürde. In Jakarta, wo die Partei organisatorisch am stärksten vertreten war, schnitt sie etwas besser ab, konnte aber dennoch keine nennenswerten Erfolge erzielen.

Die Wahlstrategie der Partei stand vor zahlreichen Herausforderungen. Die Wahlkämpfer:innen der Labour Party, die sich der Ablehnung der „Geldpolitik“ verschrieben hatten – der weit verbreiteten Praxis des Stimmenkaufs, die die Wahlen in Indonesien dominiert –, verteilten Flugblätter und gingen von Tür zu Tür, ohne Bargeld oder Geschenke anzubieten. Die Einwohner:innen fragten wiederholt, warum die Parteimitarbeiter:innen keinen Reis, kein Speiseöl oder andere lebensnotwendige Güter mitgebracht hatten, die andere Parteien routinemäßig verteilten.

Einige Wähler verspotteten Kandidat:innen, die „sich nicht bereichern konnten“, was zeigt, wie tief die Geschäftsorientierung in der indonesischen Wahlkultur verwurzelt ist.

Eine Umfrage unter 709 Arbeiter:innen in Zentraljava ergab, dass keiner der befragten Arbeiter:innen die Labour Party unterstützte, sondern sich stattdessen den Mainstream-Parteien wie der Indonesian Democratic Party of Struggle (PDI-P) und Gerindra anschloss – denselben Parteien, die das Gesetzespaket „Omnibus Law“ unterstützt hatten.

Die Stimmen der Arbeiter:innen verteilten sich über das gesamte politische

Spektrum, wobei die fünf Parteien, die von den Wähler:innen aus der Arbeiterklasse am häufigsten gewählt wurden, Gerindra (20,1 Prozent), PDI-P (17,3 Prozent), Golkar (10,7 Prozent), die islamistische Partei für Gerechtigkeit und Wohlstand (8,5 Prozent) und Nasdem (7,2 Prozent) waren.

Widersprüche und Kritik von links

Seit ihrer Gründung sieht sich die Arbeiterpartei scharfer Kritik von radikaleren Elementen innerhalb der Arbeiterbewegung und der indonesischen Linken ausgesetzt. Kritiker verweisen auf grundlegende Widersprüche zwischen der Rhetorik der Partei und der politischen Praxis ihrer Führung.

Am problematischsten ist, dass Said Iqbals Zusammenarbeit mit politischen Eliten in der Vergangenheit Zweifel an der Aufrichtigkeit des Engagements der Partei für die Oppositionspolitik aufkommen lässt. Sowohl bei den Präsidentschaftswahlen 2014 als auch 2019 setzte sich Iqbal für Prabowo Subianto ein, einen ehemaligen General unter Suharto mit einer umstrittenen Menschenrechtsbilanz. Iqbal soll angeblich damit gerechnet haben, in einer Regierung unter Prabowo zum Arbeitsminister ernannt zu werden. Nach Prabowos Niederlagen schwenkte Iqbal schnell um und bekundete seine Unterstützung für Präsident Joko Widodo, nahm an freundlichen Fototerminen teil und unterstützte zunächst Widodos umstrittenen Plan, die Hauptstadt Indonesiens zu verlegen. Während des Präsidentschaftswahlkampfes 2024 beharrte die Labour Party offiziell darauf, dass sie keinen der Kandidat:innen unterstützen könne, da alle das Gesetzespaket „Omnibus Law“ befürworteten, doch die Parteiführung behielt sich das Recht vor, ihre Politik zu ändern, sollten sich die Umstände ändern. Nach dem Sieg von Prabowo erklärte Iqbal, dass die Partei und die KSPI die Regierung Prabowo-Gibran unterstützen würden, was zu Vorwürfen der Inkonsistenz seitens der Parteimitglieder führte. Bei einer Veranstaltung zum 1. Mai 2025 behauptete Iqbal, dass 95 Prozent der Arbeitnehmer Präsident Prabowo unterstützten – eine Aussage, die weit von oppositioneller Politik entfernt ist.

Darüber hinaus hat die Ernennung von Andi Gani, Präsident des KSPSI-Verbandes und Anhänger der Labour Party, zum Sonderberater des nationalen Polizeichefs für Arbeitsangelegenheiten Bedenken hinsichtlich einer Kooptierung aufkommen lassen. Kritiker:innen argumentieren, dass diese Entwicklungen zeigen, dass die „Gewerkschaftsbürokratie“ nach wie vor grundsätzlich auf eine Annäherung an

das politische Establishment ausgerichtet ist, anstatt echte Macht für die Arbeiterklasse aufzubauen.

Es sind interne Spannungen zwischen zwei Strömungen innerhalb der Partei aufgetreten: der „Iqbal-Strömung“, die Lobbyarbeit und Verhandlungen mit den Eliten priorisiert, und der oppositionelleren Strömung des Politischen Komitees (Kompolnas), die mit dem Verband der Vereinigten Indonesischen Arbeiter:innen (KPBI) verbunden ist und sich für eine fortgesetzte Massenmobilisierung und zivilgesellschaftlichen Aktivismus einsetzt.

Bezeichnenderweise sind einige der militantesten Gewerkschaften der Arbeiterpartei völlig fern geblieben. Der Kongress der indonesischen Gewerkschaftsallianz (KASBI) [3], der einen wichtigen Teil der unabhängigen Arbeiterbewegung Indonesiens vertritt, hielt sich von der Partei fern.

Die Skepsis der KASBI rührt zum Teil von ihrem Misstrauen gegenüber Said Iqbals politischer Vergangenheit her – darunter seine Aussage aus dem Jahr 2014, dass „Menschenrechte für Arbeiter nicht wichtig sind“, als er seine Unterstützung für Prabowo Subianto verteidigte, einen Mann, der wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen während der Suharto-Ära angeklagt ist. KASBI-Aktivist:innen stellen auch in Frage, ob Wahlpolitik innerhalb des oligarchischen Systems Indonesiens bedeutende Veränderungen bewirken kann oder ob sie unweigerlich zu einer Vereinnahmung führt.

Im Mai 2025 zeigten sich die Spaltungen innerhalb der indonesischen Arbeiterbewegung dramatisch in zwei getrennten Maifeierlichkeiten in Jakarta. Die Arbeiterpartei unter Said Iqbal nahm an einer staatlich organisierten Veranstaltung am Nationaldenkmal teil, bei der Präsident Prabowo, Militärkommandanten, Polizeichefs und Parlamentsführer auf der Bühne standen – eine Veranstaltung, die eher einer offiziellen staatlichen Zeremonie als einer Arbeiterdemonstration glich. Unterdessen organisierten KASBI und 35 andere kritische zivilgesellschaftliche Gruppen die Koalition „Arbeiterbewegung mit dem Volk“ (GEBRAK) [4] und veranstalteten eine oppositionelle Protestkundgebung vor dem Parlamentsgebäude. Die Forderungen von GEBRAK gingen über Arbeitsplatzfragen hinaus und umfassten die Aufhebung des Gesetzes über die Streitkräfte, den Widerstand gegen die Einmischung des Militärs in zivile Angelegenheiten und die Verurteilung von „Kapitalismus, Oligarchie und Militarismus“ als „Feinde der Arbeiterklasse“. Diese Spaltung offenbart eine

grundlegende Kluft in der indonesischen Arbeiterbewegung zwischen denen, die eine Annäherung an die Staatsmacht anstreben, und denen, die eine oppositionelle Haltung beibehalten.

Linke Organisationen, darunter die Sozialistische Union (Perserikatan Sosialis), veröffentlichten während der Wahlen 2024 ein Manifest, in dem sie den linken Flügel der Arbeiterpartei aufforderten, eine unabhängige Position beizubehalten und eine Zusammenarbeit mit Politiker:innen, die das „Omnibusgesetz“ befürworteten, zu vermeiden. Sie argumentierten, dass die Partei Gefahr liefe, nur ein weiteres Instrument für die Interessen der Elite zu werden, anstatt eine echte Kraft für den Wandel der Arbeiterklasse zu sein.

Kritik von der extremen Linken: „Die Labour Party hat versagt“

Bis 2025 hatte sich die Enttäuschung der Antikapitalist:innen über die Labour Party vertieft. Die Indonesische Volksbewegung (Solidaritas Perjuangan Rakyat Indonesia, SPRI) [5] veröffentlichte eine vernichtende Einschätzung, in der sie erklärte, dass „die Labour Party es versäumt hat, sich zu einem politischen Sprachrohr für die unterdrückten Menschen zu entwickeln. Die Labour Party hat sich tatsächlich mit den Mächten arrangiert, die sie eigentlich bekämpfen sollte. Anstatt ein Instrument für den Kampf der Arbeiterklasse zu werden, hat sie sich der Logik des Parlaments und der Elite unterworfen.“

Die Kritik der SPRI spiegelt eine weit verbreitete Frustration der revolutionären Linken Indonesiens sowohl gegenüber der Labour Party als auch gegenüber dem Kurs der einst radikalen Demokratischen Volkspartei (PRD) wider. Die PRD, die aus den Studentenbewegungen der späten 1980er Jahre hervorgegangen war und eine heldenhafte Rolle im Widerstand gegen die Diktatur Suhartos gespielt hatte – wobei Führer wie Budiman Sudjatmiko lange Haftstrafen verbüßen mussten –, hatte selbst einen Rechtsruck vollzogen. Im Jahr 2021 fusionierte die PRD mit der Volkspartei für Wirtschaftswachstum und Gerechtigkeit (Prima), die sich anschließend der Regierung von Präsident Prabowo Subianto anschloss. Dies stellte nach den Worten von SPRI-Aktivisten „einen Verrat am Geist des Widerstands des Volkes“ dar.

Die extreme Linke argumentiert, dass Indonesien nun mit einem „alternativen politischen Vakuum“ konfrontiert sei, in dem es keine Parteien gebe, die „wirklich

die Stimmen der Armen, Arbeiter:innen, Bauern und Bäuerinnen, Fischer:innen und Unterdrückten vertreten“.

Sie behaupten, dass „alle großen politischen Parteien und diejenigen, die sich als ‚links‘ bezeichnen, vom Elitesystem vereinnahmt worden sind“. Diese Analyse geht über das bloße Scheitern bei den Wahlen hinaus und umfasst eine grundlegende Kritik an der reformistischen Politik: dass jeder Versuch, innerhalb des oligarchischen parlamentarischen Systems Indonesiens zu arbeiten, unweigerlich zu Vereinnahmung und Verrat führt. Diese Gruppen fordern den Aufbau einer neuen Partei, die sich grundlegend vom Modell der Labour Party unterscheiden würde.

Anstatt von Gewerkschaftsbürokrat:innen mit einer Geschichte der Zusammenarbeit mit der Elite geführt zu werden, würde sie auf Massenbewegungen – Arbeiter:innen, Bauern und Bäuerinnen, indigene Völker, Student:innen und Umweltaktivist:innen – basieren, die unter einem strategischen Rahmen vereint sind, der ausdrücklich darauf abzielt, die kapitalistische Macht herauszufordern. Eine solche Partei würde sich nicht an die Politik der Elite „anpassen“, sondern „den Status quo erschüttern“ und „an der Spitze mit den Unterdrückten stehen, nicht mit den Eigentümer:innen des Kapitals“.

Das Manifest der Sozialistischen Union von 2024 formulierte ein maximalistisches Programm, das weit über die reformistischen Forderungen der Labour Party hinausgeht: Verstaatlichung strategischer Vermögenswerte unter Kontrolle des Volkes, Umverteilung des nationalen Reichtums, Befreiung der Frauen von Sexismus und sexueller Unterdrückung, volle Gleichberechtigung für traditionelle Gemeinschaften und Jugendliche, Klimaschutz, Unterstützung für internationale Solidarität und Selbstbestimmung sowie Streichung der Auslandsschulden aller Länder der Dritten Welt.

Entscheidend ist, dass sie eine „nationale Industrialisierung zur Entwicklung produktiver Arbeit für das Wohlergehen und den Fortschritt der einfachen Bevölkerung“ forderten – ein Programm der wirtschaftlichen Souveränität, das Indonesiens Abhängigkeit vom globalen Kapitalismus in Frage stellt.

Aus dieser linksradikalen Perspektive stellt die Betonung der Labour Party auf die Verwirklichung eines „Sozialstaates“ innerhalb des bestehenden kapitalistischen

Rahmens einen unzureichenden Reformismus dar. Sie argumentieren, dass der indonesische Kapitalismus, der von Oligarchen dominiert wird, die tief in der Suharto-Ära verwurzelt sind und zunehmend in globale Lieferketten integriert werden, nicht reformiert werden kann, um den Interessen der Arbeiter:innen zu dienen. Nur eine revolutionäre Transformation, die mit dem Imperialismus bricht und eine demokratische Kontrolle der Wirtschaft durch das Volk etabliert, kann den Bedürfnissen der Arbeiterklasse wirklich gerecht werden.

Die Kritik erstreckt sich auch auf das Versäumnis der Labour Party, klare Positionen zu Themen zu beziehen, die über unmittelbare Arbeitsplatzbelange hinausgehen. Die extreme Linke stellt fest, dass die Labour Party „zu den umstrittensten Themen ohrenbetäubendes Schweigen bewahrt“ habe, darunter Präsident Widados Manipulation demokratischer Institutionen, um seinen Sohn Gibran als Vizepräsidenten zu installieren, Prabowo's gut dokumentierte Menschenrechtsverletzungen während der Suharto-Ära (einschließlich seiner mutmaßlichen Rolle beim Verschwinden von Aktivisten wie dem Dichter Wiji Thukul) und die anhaltende Unterdrückung der Unabhängigkeitsbewegungen in West-Papua. Für revolutionäre Sozialist:innen muss eine echte Arbeiterpartei die Kämpfe der Arbeiterklasse mit den umfassenderen Kämpfen für Demokratie, Menschenrechte, nationale Souveränität und Antiimperialismus verbinden.

Doch die organisatorische Schwäche der extremen Linken selbst erschwert diese Kritik. Die revolutionären Gruppen bleiben klein, zersplittert und ohne Massenbasis – eine Realität, die sie in ihren ständigen Aufrufen zur Vereinigung des sozialen Widerstands mit einer gemeinsamen politischen Strategie anerkennen.

Der Weg der PRD von der militanten Opposition zur Regierungsbeteiligung spiegelt nicht nur den Verrat der Führung wider, sondern auch den immensen Druck, dem linke Organisationen in einem politischen System ausgesetzt sind, in dem Geld dominiert, Repressionen möglich sind und Koalitionen materielle Vorteile bieten. Es bleibt die Frage, ob eine radikalere Alternative aufgebaut werden kann, ohne sich in sektiererische Isolation zurückzuziehen oder dem selben Kompromissdruck zu erliegen, der die Labour Party kompromittiert hat.

Strukturelle Hindernisse: Warum

Arbeiterparteien in Indonesien zu kämpfen haben

Die Schwierigkeiten der Labour Party spiegeln die allgemeinen strukturellen Hindernisse für die politische Vertretung der Arbeiterklasse in Indonesien wider. Mehrere Faktoren tragen dazu bei, ein für Arbeiterparteien feindliches Umfeld zu schaffen:

Geringe Gewerkschaftsdichte und Fragmentierung: Trotz der großen Zahl von Arbeitskräften gehören weniger als 2 Prozent der indonesischen Arbeitnehmer einer Gewerkschaft an, die sich auf mehr als 100 Organisationen verteilen, ohne dass es einen einheitlichen Dachverband gibt, der kollektive Maßnahmen koordiniert.

Klientelpolitik und Geldkultur: Indonesische Wahlen sind geprägt von endemischem Stimmenkauf, bei dem etablierte Parteien Bargeld, Reis, Speiseöl und andere Güter an die Wähler verteilen. Parteien, die sich weigern, an diesem System teilzunehmen, sind massiven Nachteilen ausgesetzt, insbesondere wenn die Wähler:innen darauf konditioniert sind, materielle Vorteile als Gegenleistung für ihre Stimmen zu erwarten.

Dominanz der Elite im politischen Raum: Bis 2024 gingen praktisch alle Parteien im Parlament auf die Zeit der Neuen Ordnung zurück oder waren Vehikel für Persönlichkeiten der Elite. Das Wahlsystem begünstigt Parteien mit riesigen finanziellen Ressourcen für Fernsehwerbung, prominente Kandidat:innen und eine ausgeklügelte Wahlkampfinfrastruktur.

Fehlen starker, einigender Persönlichkeiten: Die politische Kultur Indonesiens legt weiterhin großen Wert auf starke Einzelpersonen. Die Labour Party hat Mühe, eine charismatische Persönlichkeit hervorzubringen, die eine breite Anziehungskraft ausübt, während Iqbal selbst durch seine früheren Verbindungen zur Elite politisch belastet ist.

Armut und falsches Bewusstsein: Extreme Vermögensungleichheit und anhaltende Armut haben die Arbeiterklasse zersplittert und eine klassenbasierte politische Mobilisierung verhindert. Viele Arbeitnehmer:innen identifizieren sich stärker mit den Bestrebungen der Mittelschicht oder mit religiösen/ethnischen Identitäten als mit ihrer Klassenposition. Dieses „falsche Bewusstsein“ – bei dem

Arbeitnehmer:innen gegen ihre materiellen Interessen stimmen – erklärt, warum so viele Parteien unterstützt haben, die arbeitnehmerfeindliche Gesetze verabschiedet haben.

Geschlecht und patriarchalische Strukturen: Arbeiterinnen, die in arbeitsintensiven Branchen wie der Bekleidungs- und Textilindustrie dominieren, sind durch das „Omnibus-Gesetz“ besonders gefährdet. Die Ausweitung von Outsourcing und Leiharbeit betrifft Frauen unverhältnismäßig stark, da sie in einer patriarchalischen Gesellschaft oft als Erste entlassen werden und weniger Verhandlungsmacht haben. Dennoch hat die Labour-Partei Schwierigkeiten, die Anliegen der Frauen in den Mittelpunkt zu stellen oder eine klar feministische politische Perspektive zu entwickeln, die sich mit den Schnittpunkten von Klassen- und Geschlechterunterdrückung befasst.

Ein Teilerfolg: Urteil des Verfassungsgerichts

Im Oktober 2024 erzielten die Labour Party und mehrere Gewerkschaftsverbände einen bedeutenden juristischen Sieg, als das indonesische Verfassungsgericht 21 von 71 Punkten ihrer Klage gegen das „Omnibus-Gesetz“ stattgab.

Das Gericht entschied, dass Beschäftigte bei der Einstellung Vorrang vor ausländischen Arbeitskräften haben müssen, dass befristete Verträge eine Laufzeit von fünf Jahren nicht überschreiten dürfen, dass Beschäftigte Anspruch auf zwei statt nur einen Ruhetag pro Woche haben und dass eine Kündigung nur durch eine Anordnung einer Behörde für Arbeitsbeziehungen erfolgen kann.

Said Iqbal bezeichnete das Urteil als „monumentalen Sieg für die indonesischen Arbeitnehmer“, obwohl Kritiker anmerkten, dass die Entscheidung eher durch gerichtliche Kanäle als durch Massenmobilisierung oder Wahlmacht zustande gekommen sei. Das Gericht wies die Regierung an, innerhalb von zwei Jahren ein neues Gesetz zu erlassen, aber Präsident Prabowo Subianto richtete einen Rat für Arbeitnehmerwohlfahrt ein, der sich aus Gewerkschaftsführer:innen zusammensetzt und in Arbeitsfragen „berät“ – ein Mechanismus, der Lobbyarbeit erleichtern könnte, aber auch die Gefahr birgt, die Gewerkschaftsführung weiter in die Entscheidungsstrukturen der Elite zu integrieren.

Zukunftsansichten: Ein ungewisser Weg in die Zukunft

Die Zukunft der Labour Party bleibt höchst ungewiss. Da sie keine Vertretung im Parlament hat, verfügt sie über keine direkte Gesetzgebungsbefugnis und muss sich auf außerparlamentarische Taktiken verlassen – genau die Methoden, von denen die Parteiführung behauptete, sie hätten 2020 versagt. Dennoch organisiert die Partei weiterhin Demonstrationen und Kampagnen, darunter Proteste für eine gerechtere öffentliche Wohnungspolitik und gegen arbeitnehmerfeindliche Bestimmungen.

Einige Analysten gehen davon aus, dass die Partei wachsen könnte, wenn sie ihre organisatorische Disziplin beibehält und sich weiterhin an der Basis mobilisiert, um sich auf die Wahlen 2029 vorzubereiten. Die Auswirkungen des „Omnibus Law“ mobilisieren weiterhin Teile der Arbeiterbewegung, und die Bereitschaft der Partei, Geldpolitik abzulehnen – auch wenn dies wahlpolitisch kostspielig ist – könnte letztendlich ihre Glaubwürdigkeit bei den Wähler:innen stärken, die von Korruption angewidert sind.

Allerdings könnten sich die Widersprüche innerhalb der Parteiführung als unüberwindbar erweisen.

Die Kluft zwischen der radikalen Rhetorik der Partei, die sich als „Vertreterin der Arbeiterklasse“ versteht, und der Anpassung ihrer Führer:innen an die Politik der Elite untergräbt ihren Anspruch, eine echte Alternative zu sein. Wenn die oppositionellen Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung – vertreten durch Koalitionen wie die Arbeiterbewegung mit dem Volk (GEBRAK) – beschließen, eine eigene politische Partei zu gründen, könnte es in Indonesien zu einem Wettbewerb zwischen verschiedenen Arbeiterparteien kommen, der die internen Widersprüche der Bewegung verschärft, anstatt sie zu lösen.

Die indonesische Arbeiterklasse hat nach wie vor keine wirksame politische Vertretung im Wahlbereich. Die dominierenden Parteien im Parlament – ob nominell links wie die PDI-P oder rechts wie die Gerindra – unterstützen alle eine neoliberale Wirtschaftspolitik und haben wenig Engagement für den Schutz der Arbeitnehmerrechte gezeigt. Die Entstehung der Labour Party ist ein wichtiger Versuch, diesen Konsens in Frage zu stellen, aber es ist sehr unwahrscheinlich, dass ihre Mitglieder die strukturellen Hindernisse überwinden und die

Anpassungstendenzen ihrer Führung beseitigen können.

18. Oktober 2025

Erstveröffentlichung: **ESSF**

Fußnoten

[1] Die „Neue Ordnung“ bezieht sich auf das autoritäre Regime von Präsident Suharto, das Indonesien von 1966 bis 1998 regierte. Das Regime war geprägt von politischer Unterdrückung, militärischer Dominanz und der Unterordnung zivilgesellschaftlicher Organisationen, einschließlich der Gewerkschaften.

[2] Obwohl die KSPSI 3 Millionen Mitglieder hatte, unterstützte die Führung des Gewerkschaftsbundes die Gründung der Partei zunächst nicht, und ihre Präsidentin Elly Rosita Silaban äußerte sich skeptisch über die Bedingungen für eine arbeiterfreundliche Politik in Indonesien.

[3] KASBI (Kongres Aliansi Serikat Buruh Indonesia) wurde 2005 von 18 Gewerkschaften gegründet und vertritt eine militantere und unabhängigere Haltung als die größeren Gewerkschaftsverbände. KASBI hat sich an direkten Aktionskampagnen beteiligt, darunter Streiks gegen multinationale Unternehmen.

[4] GEBRAK (Gerakan Buruh bersama Rakyat) vertritt oppositionelle Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Gruppen, die eine Anpassung an die Staatsmacht ablehnen und weiterhin auf Massenmobilisierung und Protesttaktiken setzen.

[5] SPRI ist ein Zusammenschluss radikaler linker Organisationen in Indonesien, die sich für eine militante, demokratische Alternative einsetzen, die soziale Bewegungen unter einem strategischen Rahmen vereint, der sich auf echte Volksmacht konzentriert.

Der Bericht erschien in [International Viewpoint](#) in englischer Sprache. Wir haben ihn maschinell übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen.